



Die "politische Union": Vom Slogan zur Realität



Autor : Thierry Chopin

Aufgrund der weiter andauernden Krise gab und gibt es eine verstärkte Diskussion über die Zukunft der europäischen Integration und insbesondere über die Frage einer "politischen Union". Zu diesem Thema, das insbesondere in Deutschland viel diskutiert wird, hat sich nun der französische Staatspräsident François Hollande geäußert und somit eine Antwort auf die Vorschläge von deutscher Seite gegeben. Aktuelle Ankündigungen entsprechend möchte der französische Präsident auf europäischer Ebene wieder stärker die Initiative ergreifen, insbesondere in Bezug auf die Themen "europäische Wirtschaftsregierung" und "politische Union".

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Krise - Montenegro **Wahlen** : Albanien **Finanzkrise** : Italien - Portugal - Slowenien - Großbritannien **Europäischer Rat** : Energie/Steuern - Arbeit/Jugend - Türkei **Kommission** : Häfen - Elektrotechnik **Parlament** : Governance/WWU - Steuern - Handel/USA - Energie - Medien - Renten - Gewalt **Rat** : Kommission - Transport - Zukunft/EU **Diplomatie** : Türkei **Deutschland** : Forbes/Frauen - 150 Jahre/SPD - China - Land Nr. 1 **Bulgarien** : Regierung **Spanien** : Beschäftigung/Jugend **Frankreich** : Verteidigung - Zukunft/EU **Niederlande** : Deutschland **Polen** : Tschechien **Portugal** : Deutschland **Großbritannien** : Frankreich - IWF - Heirat **Island** : Regierung **Eurostat** : Regionen/Arbeitslosigkeit **Eurobarometer** : Demokratie **Berichte/Studien** : OLAF - Menschenrechte **Kultur** : Biennale/Venedig - Ausstellung/Rubens - Ausstellung/Norfolk - Ausstellung/Frauen - Ausstellung/Athen - Ausstellung/Rom - Musik/Polen - Geschichte/Europa

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Die Krise überwinden: Wann und wie?



In der Märzausgabe der Finanzzeitschrift "Echanges" ist ein Artikel des Präsidenten der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, erschienen. Nach Ansicht Guilianis ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, sich nicht mehr mit den Gründen der Wirtschaftskrise auseinander zu setzen, sondern alles Notwendige zur Überwindung der Krise in die Wege zu leiten. Europa würde sich langsam auf dem Weg in die richtige Richtung befinden...

[Fortsetzung](#)

Der EU-Beitritt Montenegros: Welche Herausforderungen gibt es?



Die Robert Schuman Stiftung organisiert in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung und CEDEM am 31. Mai 2013 eine Konferenz in Montenegro mit dem Titel: "Der EU-Beitritt Montenegros. Anforderungen und Herausforderungen". Dieses Thema wird an der Seite des Präsidenten der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, die Abgeordnete der Assemblée Nationale und Vorsitzende der parlamentarischen Freundschaftsgruppe Frankreich-Montenegro, Patrice Verchère, diskutieren, wie auch François Badie, der Vorsitzende der Anti-Korruptionseinheit im französischen Justizministerium... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Parlamentswahlen in Albanien am 23. Juni 2013



Am 23. Juni 2013 sind die wahlberechtigten albanischen Bürger zur Neuwahl der 140 Parlamentsabgeordneten aufgerufen. Die Abgeordneten werden nach proportionellem Wahlrecht für 4 Jahre gewählt, insgesamt gibt es 12 Wahlkreise. Für alle Einzelparteien gilt eine 3%-Hürde, für Parteienkoalitionen eine 5%-Hürde, um im Parlament repräsentiert zu sein. Aktuell sind im Parlament 6 Parteien vertreten: Die Demokratische Partei (PDSH) mit 68 Sitzen; die Sozialistische Partei (PSSH) mit 65 Sitzen, die Sozialistische Bewegung für Integration (LSI) mit 4 Sitzen; die Republikanische Partei (PRS) mit 1 Sitz; die Partei der Gerechtigkeit, Integration und Einheit (PDIU) mit 1 Sitz und die Partei für Einheit und Menschenrechte (PBDNJ) mit 1 Sitz. Die Hälfte der albanischen Wähler (49,5%) erklärten, dass sie sich derzeit noch nicht für den Wahlkampf interessierten... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Außenhandelsüberschuss (mit Drittstaaten) in Höhe von 1,5 Milliarden Euro im April



Nach vorläufigen Schätzungen des nationalen italienischen Statistikinstituts (Istat), die am 23. Mai 2013 veröffentlicht wurden, verzeichnete Italien im April 2013 einen Außenhandelsüberschuss mit Drittstaaten in Höhe von 1,464 Milliarden Euro gegenüber einem Defizit in Höhe von 901 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Exporte nahmen im April 2013 um 6% zu, während Importe um 10,3% zurück gingen... [Fortsetzung](#)

Portugiesische Initiativen für mehr Wirtschaftswachstum



Am 23. Mai 2013 präsentierte die Regierung Portugals ein Maßnahmenpaket zur Ankerbelung der Wirtschaft. Der portugiesische Finanzminister Vitor Gaspar erklärte auf einer Pressekonferenz an der Seite des Wirtschaftsministers Alvaro Santos Pereira, dass nun die Zeit zum Investieren gekommen sei. Für Unternehmen, die im 2. Halbjahr 2013 investieren wollen, wird es Steuerermäßigungen geben. Hierdurch sollen Unternehmen motiviert werden, in Portugal zu investieren... [Fortsetzung](#)

Slowenisches Parlament stimmt für Schuldenbremse



Die Abgeordneten des slowenischen Parlaments stimmten am 24. Mai 2013 für eine Verfassungsänderung, um in der Verfassung eine Schuldenbremse zu verankern, die ab 2015 in Kraft treten soll. Zugleich stimmten die Abgeordneten für Regelungen, die die Möglichkeit eines Referendums einschränken. Für die Schuldenbremse stimmten 78 Abgeordnete, es gab 8 Gegenstimmen. Entsprechend der neuen Regelung muss der Haushalt bei Ablauf der Hälfte des Mandats der aktuellen Regierung ausgeglichen sein, Ausnahmen sind nur im Falle "außergewöhnlicher Umstände" möglich, die noch genauer definiert werden müssen. Bezüglich der neuen Anforderungen für Referenden stimmten 86 Abgeordnete für die neue Regelung, es gab 1 Gegenstimme. Ein Referendum wird jetzt nicht mehr wie bisher auf Initiative von 30 Abgeordneten möglich sein, sondern allein durch eine Forderung (und die Unterschrift) von mindestens 40 000 Wählern... [Fortsetzung](#)

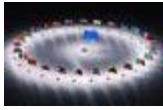
Wachstum in Großbritannien bestätigt



Wie das nationale Statistikbüro ONS am 23. Mai 2013 bestätigte, konnte Großbritannien im 1. Quartal 2013 ein Wachstum in Höhe von 0,3% verzeichnen, so dass eine 3. Rezession seit Beginn der Krise im Jahr 2008 vermieden werden konnte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg bezogen auf ein Jahr um 0,6%. Die Rückkehr zum Wachstum beruht zum Teil auf Änderungen der statistischen Bewertung. Darüber hinaus stieg die industrielle Produktion im Vergleich zum vorherigen Quartal um 0,2%, ebenso gab es einen leichten Anstieg des privaten Konsums in Höhe von 0,1%... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Fortschritte, aber keine konkreten Ergebnisse bezüglich Energie und Steuern



Am 22. Mai 2013 berieten die 27 Staats- und Regierungschefs der EU über eine Reform der europäischen Energiepolitik. Es wurde die Priorität für die Schaffung eines europäischen Energiemarktes betont, wie auch die Notwendigkeit einer Diversifizierung der Energiequellen und einer Erhöhung der Energieeffizienz. Der Wille zur Reduzierung der Energiekosten steht zum Teil im Widerspruch mit nationalen Interessen und erfährt Gegenwind von Seiten der Industrie, die eine weitere Regulierung ablehnt. Im Bereich Steuern betonten die Staats- und Regierungschefs ihre Absicht, gemeinsam gegen Steuerflucht und -betrug vorzugehen. Hierfür soll es einen automatischen Informationsaustausch geben, eine stärkere internationale Zusammenarbeit, einen wirksameren Kampf gegen Steuerparadiese und die Verabschiedung neuer Regelungen. Für eine Einigung bezüglich einer partiellen Aufhebung des Bankheimnisses wurde ein Zeitraum bis Ende des Jahres festgelegt... [Fortsetzung](#)

Verstärkter Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit



Am 24. Mai 2013 rief der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, die 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zu einem verstärkten Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit auf, die neue Rekordwerte erreicht hat. Als Gegenmittel soll verstärkt auf Jobgarantien und Ausbildungsallianzen gesetzt werden, wie auch auf nationale Beschäftigungspakte. Der Europäische Rat im Juni soll sich als Schwerpunkt dem Thema Jugendarbeitslosigkeit widmen, um gemeinsam Lösungen zu finden, die zu einer Trendwende führen und Jugendlichen eine Zukunftsperspektive ermöglichen und den Aufschwung fördern können... [Fortsetzung](#)

Herman Van Rompuy ruft zu Stärkung der Beziehungen mit Türkei auf



Am 23. Mai 2013 reiste der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, in die Türkei, wo er politische Entscheidungsträger, Diplomaten und Wirtschaftsvertreter traf. Van Rompuy unterstrich die Notwendigkeit einer Einigung über eine erleichterte Visaausstellung für die Einreise türkischer Bürger in die EU. Die Türkei betonte die engen wirtschaftlichen Beziehungen zur EU, die vor allem auf dem starken Handel und dem Wirtschaftswachstum der Türkei basierten. Van Rompuy rief die Türkei zur Fortsetzung des "mutigen" Dialogs mit den Kurden auf, wie auch zur Fortsetzung des strategischen Dialogs in Bezug bei gemeinsame außenpolitische Interessen, insbesondere in Bezug auf Zypern, Syrien und den Nahost-Friedensprozess... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Häfen als Wachstumsmotor



Am 23. Mai 2013 präsentierte die Europäische Kommission eine Initiative zur verbesserten Nutzung der Häfen innerhalb der Europäischen Union. Die Maßnahmen sollen für mehr Investitionen und mehr Beschäftigung sorgen. Es soll eine verbesserte Vernetzung der europäischen Häfen erzielt werden und eine bessere Verbindung zwischen Hafen und Hinterland. Die EU zählt 1200 Häfen, wovon 319 als prioritär angesehen werden für das transeuropäische Transportnetz (RTE-T)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Industriestrategie für Elektrotechnik

Am 23. Mai 2013 präsentierte die Europäische Kommission eine



Kampagne, die 100 Milliarden Euro an Investitionen in die europäische Mikro- und Nanotechnologie vorsieht. Europa soll in diesem Bereich nicht zurückfallen. Die EU-Kommissarin Neelie Kroes, die für Digitalisierung zuständig ist, sagte hierzu, dass es einer schnellen und engen Koordinierung der öffentlichen Investitionen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene bedarf. Neelie Kroes gibt als Ziel für die EU 20% der weltweiten Produktion der Informationstechnologie an. Dies sei realistisch, wenn alle Investitionen gebündelt würden... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Stärkung der Demokratie und Solidarität im Rahmen der Wirtschaftssteuerung



Am 23. Mai 2013 verabschiedeten die Europaabgeordneten eine Resolution, in der sie sich für eine Stärkung der Demokratie und Solidarität im Rahmen der Wirtschaftssteuerung aussprechen. Die nationalen Abgeordneten sollten stärker in die europäische Steuerung einbezogen sein, wie auch in die Ausarbeitung der nationalen Reformprogramme. Die sozialen Auswirkungen der Reformen sollten stärker berücksichtigt und geprüft werden, um negative Auswirkungen zu begrenzen. Darüber hinaus sollten verstärkt Anreize für mehr Solidarität gegeben werden... [Fortsetzung](#)

Bankenaufsicht und Kampf gegen Steuerbetrug



Am 22. Mai 2013 stimmten die Europaabgeordneten für einen Vorschlag zur Einführung der einheitlichen europäischen Bankenaufsicht, der der EZB mehr Kompetenzen in diesem Bereich geben wird. Die Abgeordneten betonten, dass die Notwendigkeit einer Reform der EZB in Richtung demokratischer Strukturen bestünde. Der endgültige Text soll erst später verabschiedet werden, sobald eine interinstitutionelle Einigung über die Transparenz- und Kontrollregeln zwischen EZB und Europäischem Parlament erreicht werden kann. Am 21. Mai 2013 stimmten die Europaabgeordneten für eine Resolution, die den Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung betrifft. Entsprechend der Resolution sollen die Mitgliedsländer eine Liste sämtlicher Steuerparadiese erstellen und sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Steuervermeidung einigen, wie auch auf einen verstärkten Informationsaustausch... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Europäisches Parlament legt Rahmen für Freihandelsabkommen mit den USA fest



Am 23. Mai 2013 verabschiedeten die Europaabgeordneten eine Resolution, die eine vollständige Einbeziehung des Europäischen Parlaments in die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit den USA fordert. Entsprechend der Resolution liegen die Hauptschwierigkeiten für das Abkommen in Marktzugangsbeschränkungen und nicht zollbezogenen Regelungen. Die Abgeordneten forderten eine Nichteinbeziehung kultureller und audiovisueller Dienstleistungen... [Fortsetzung](#)

Zukunft der europäischen Energie



Am 21. Mai 2013 verabschiedeten die Abgeordneten des Europäischen Parlaments einen Beschluss, der den Energiemix bis 2013 zum Inhalt hat. Die Abgeordneten schlugen die Festlegung verbindlicher Ziele vor wie auch Investitionsanreize, um erneuerbare Energien zu fördern. Am gleichen Tag einigten sich die Abgeordneten mit dem Rat in Bezug auf die Sicherheit von Erdöl- und Gasförderungen im Meer. Gesellschaften, die Erdöl und Gas aus dem Meeresgrund fördern wollen, müssen ab sofort Berichte über mögliche Risiken vorlegen, wie auch Vorschläge bezüglich Vorsorgemaßnahmen zur Absicherung gegen mögliche Schäden unterbreiten und ihre Handlungskapazität aufzeigen in materieller wie in finanzieller Hinsicht, die auch ausreichende Mittel für die Schadensbeseitigung bei Unfällen verlangt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäische Kontrolle der nationalen Mediengesetze



Am 21. Mai 2013 verabschiedeten die europäischen Abgeordneten eine Resolution bezüglich der Medienfreiheit in der Europäischen Union. Sie fordern eine europäische Kontrolle der nationalen Medienrechte, zur Garantie von Freiheit und Pluralismus im Mediensektor. Änderungen im Medienrecht, die eine leichtere Einflussmöglichkeit nationaler Regierungen ermöglichen sollen, sollten jährlich auf europäischer Ebene geprüft werden. Darüber hinaus soll entsprechend der Resolution die Medienrichtlinie überarbeitet und Arbeitsbedingungen für Journalisten verbessert werden... [Fortsetzung](#)

Parlament für Reform der Rentensysteme



Die europäischen Abgeordneten stimmten am 21. Mai 2013 für eine Resolution, die eine Strategie für die Garantie angemessener, sicherer und flexibler Renten vorsieht. Die Mitgliedsländer sind aufgefordert, ein entsprechendes Rentensystem einzuführen oder beizubehalten. In der Resolution wird die große Bedeutung staatlicher Rentenzahlungen betont, um im Alter ein Leben in Würde zu ermöglichen... [Fortsetzung](#)

Einheitlicher Schutz von Opfern von Gewalttaten in Europa



Am 22. Mai 2013 stimmten die Europaabgeordneten für einen europaweiten einheitlichen Schutz für Opfer von Gewalttaten, insbesondere von Frauen und Kindern, die Opfer häuslicher Gewalt werden. Europaweit können Gewaltopfer nunmehr auf den gleichen Mindeststandard für Opferschutz zählen... [Fortsetzung](#)

Rat :

Für jeden Mitgliedstaat einen EU-Kommissar



Am 22. Mai 2013 entschied der Europäische Rat, dass es auch weiterhin jeder Mitgliedstaat einen EU-Kommissar stellen darf, trotz der Regelungen des Vertrags von Lissabon, die eine Verkleinerung der Gesamtzahl an EU-Kommissaren vorsehen. Entsprechend des Vertrags von Lissabon soll die Gesamtzahl an EU-Kommissaren zwei Drittel der Mitgliedstaaten betragen, falls nicht der Europäische Rat einstimmig etwas anderes beschließt. Ab dem 1. Juli 2013 wird es entsprechend der Entscheidung des Rates somit 28 EU-Kommissare geben. Diese Entscheidung geht auf die Forderung Irlands zurück, das im Gegenzug für eine Ratifizierung des Lissaboner Vertrags die Zusage der Beibehaltung "seines" EU-Kommissars erhielt. Die verhängnisvolle Entscheidung wird das Verständnis für den Aufbau der Europäischen Union nicht fördern: Nicht die Kommission repräsentiert die Mitgliedstaaten, sondern der Rat. Der Abstimmungsprozess wird noch schwieriger, technokratischer und weniger politisch werden... [Fortsetzung](#)

Einigung über Neuregelung für Fahrtschreiber



Am 24. Mai 2013 konnte der Rat sich auf einen Kompromiss einigen bezüglich der Neuregelung für Fahrtschreiber und Geschwindigkeitsmesser einigen. Durch die Neuregelung, die die bisherigen Vorschriften von 1985 reformiert, soll Betrug schwieriger und der bürokratische Aufwand verringert werden. Die manuelle Registrierung der Fahrtwege soll durch eine automatisierte Aufzeichnung ersetzt werden mit Hilfe einer Positionsbestimmung durch Satelliten... [Fortsetzung](#)

Ratstreffen "Allgemeine Angelegenheiten"



Am 21. Mai 2013 diskutierten die 27 Europaminister der EU über Fragen der Beziehungen zu Russland. Sie fassten den Beschluss, auf regelmäßigen Treffen Fragen der Freiheit, Sicherheit und Rechtstaatlichkeit im Rahmen des Partnerschaftsrates EU-Russland zu erörtern. Die Minister verabschiedeten darüber hinaus eine Regelung über Ausgleichsansprüche in Bezug auf PET-Einfuhren aus Indien. Abschließend wurde eine Regelung für eine Kooperation mit den USA und Kanada für Forschungsprojekte im Atlantik beschlossen... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Syrien, Afghanistan und Türkei



Am 27. Mai 2013 entschieden die 27 EU-Außenminister formell über die Aufhebung des Waffenembargos zur Unterstützung der syrischen Rebellen, wobei ansonsten die Sanktionen gegen Syrien beibehalten werden sollen. Vor dem 1. August 2013 darf jedoch keine Waffe ausgeliefert werden, so dass die Minister Zeit haben, die Reaktionen auf die 2. Konferenz von Genf zu prüfen, die das syrische Regime, die Opposition und die internationale Gemeinschaft zusammen führen soll. Das Mandat der europäischen Mission Eupol in Afghanistan wurde bis zum 31. Dezember 2014 verlängert, dies ist das Abzugsdatum der Nato-Gruppen aus Afghanistan. Der Mission wurde ein Budget von 108 Millionen Euro bewilligt (für den Zeitraum 1. Juni 2013 bis Ende 2014), die Mission soll für die Ausbildung einer funktionierenden Polizei unter afghanischer Führung sorgen. Die Verhandlungen für einen möglichen EU-Beitritt der Türkei stecken weiter in einer Sackgasse, da Ankara seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. "Die Europäische Union stellt fest, dass die Türkei keine Fortschritte macht bezüglich der Normalisierung der Beziehungen zu Zypern". Nordzypern ist seit 1974 von türkischen Truppen besetzt... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Angela Merkel laut Forbes erneut "mächtigste Frau der Welt"



In seiner aktuellen Ausgabe vom 22. Mai 2013 platziert das Forbes-Magazin Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Liste der 100 mächtigsten Frauen der Welt erneut auf Platz 1, bereits zum 3. Mal in Folge. Auf Platz 2 folgt Dilma Rousseff, die Präsidentin Brasiliens. Die 2. Europäerin folgt auf Platz 7 der Rangliste in Person der Französin Christine Lagarde, IWF-Direktorin... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Französischer Präsident für 150-Jahr-Feier der SPD in Leipzig



Am 23. Mai 2013 feierte die Sozialdemokratische Partei Deutschland SPD mit einem großen Festakt in Leipzig ihren 150. Geburtstag in Anwesenheit zahlreicher Staats- und Regierungschefs, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel und François Hollande. Der französische Präsident lobte in seiner Rede die Arbeitsmarktreformen, die 2003 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder begonnen wurden; er plädierte darüber hinaus für eine stärkere europäische Integration. Hollande betonte die Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaft für den Aufbau der Europäischen Union. Er wies zudem auf die geplante enge Zusammenarbeit zwischen französischer und deutscher Regierung hin im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und für die Schaffung einer "Banken- und Wirtschaftsunion"... [Fortsetzung](#)

Angela Merkel empfängt in Berlin den chinesischen Premierminister Li Keqiang



Am 26. und 27. Mai 2013 traf der neue Premierminister Chinas, Li Keqiang, in Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel. Der chinesische Premierminister, der seit März 2013 im Amt ist, hält sich für einen dreitägigen Besuch in Deutschland auf. Im Hinblick auf die Streitigkeiten zwischen der Europäischen Union und China bezüglich chinesischer Solarmodule und Telekommunikationsausrüstung erklärte Merkel, dass Deutschland und China jeglichen "Protektionismus" ablehnten. Der chinesische Premierminister sprach sich gegen die von der Europäischen Union in Betracht gezogenen Zölle auf chinesische Solarmodule aus. Brüssel erwägt darüber hinaus die Einleitung eines Anti-Dumping-Prüfverfahrens in Bezug auf chinesische Telekommunikationsausrüstung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland: Beliebtestes Land der Welt!

Entsprechend einer aktuellen Umfrage von BBC, die am 23. Mai 2013 veröffentlicht wurde, ist Deutschland das beliebteste Land der Welt vor Kanada, Großbritannien, Japan und Frankreich, trotz verbreiteter Kritik an Bundeskanzlerin Merkel oder der Bundesregierung. Die Befragten mussten ihre Einschätzung zu Themen wie Kultur, Stabilität des



Fortsetzung

politischen Systems, Demokratie und Lebensweise abgeben...

Bulgarien :

Boiko Borissov lehnt Verantwortung für Regierungsbildung ab, Plamen Orecharski ernannt



Am 23. Mai 2013 lehnte Boika Borissov die Verantwortung für die Regierungsbildung in Bulgarien ab, obwohl seine Partei GERB bei den Wahlen am 12. Mai 2013 unter seiner Führung die meisten Stimmen gewinnen konnte (97 Sitze). Am gleichen Tag stellte die GERB beim Verfassungsgericht des Landes den Antrag auf Annullierung der Wahl. Der bulgarische Präsident Rossen Plevneliev beauftragte daraufhin den Ökonom Plamen Orecharski mit der Regierungsbildung. Orecharski vertritt die Sozialisten (PSB), die bei den Wahlen 84 Sitze gewinnen konnten. Er strebt eine Expertenregierung an, die von der islamischen Minderheit MDL (36 Sitze) unterstützt werden soll, wie auch von der ultra-nationalistischen Partei Ataka (23 Sitze). Dies ist eine merkwürdige Entwicklung angesichts der Tatsache, dass hier eine linke Partei auf die Unterstützung einer rechtsextremen Partei angewiesen sein wird. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen?.. [Fortsetzung](#)

Spanien :

Neues deutsch-spanisches Abkommen im Kampf gegen spanische Jugendarbeitslosigkeit



Am 21. Mai 2013 unterzeichneten die spanische Arbeitsministerin Fatima Banez und ihre deutsche Amtskollegin Ursula von der Leyen in Madrid ein neues Abkommen zur Förderung der Beschäftigung von spanischen Jugendlichen. Mit dem Abkommen sollen für 5000 junge Spanier Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland geschaffen werden... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Rede über die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik



In seiner Rede am 24. Mai 2013 kündigte der französische Präsident François Hollande an, einen neuen Schritt in Richtung "Europa der Verteidigung" gehen zu wollen. Bis zum Europäischen Rat im Dezember 2013 mit dem entsprechenden Schwerpunktthema wolle er hierzu Vorschläge unterbreiten. "Die aktuellen militärischen Operationen haben gezeigt, wie sehr wir mit der Europäischen Union zusammen arbeiten müssen, insbesondere um auf Krisen reagieren zu können. Vor diesem Hintergrund wird Frankreich einen neuen Schritt in Richtung Europa der Verteidigung unternehmen", so Hollande. Nach Aussage Hollandes werden die Vorschläge die Militäreinsätze auf dem Balkan, im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und in Asien umfassen. Darüber hinaus werden sie auch die Zusammenarbeit in den Bereichen Flugtransporte, Satellitenbeobachtung, Luftbetankung und den Einsatz von Dronen beinhalten... [Fortsetzung](#)

Rede von Guido Westerwelle über die Zukunft Europas



Am 24. Mai 2013 hielt der deutsche Außenminister Guido Westerwelle eine Rede in Paris mit dem Titel "Frankreich, Deutschland und die Zukunft Europas". Westerwelle betonte in seiner Rede, dass Deutschland bereits viel Solidarität gezeigt habe gegenüber seinen europäischen Partnern und dass diese Solidarität auch im eigenen Interesse Deutschlands läge: "Wenn es unseren europäischen Nachbarn schlecht geht, wird es auch uns langfristig nicht gut gehen"... [Fortsetzung](#)

Niederlande :

Deutsch-Niederländische Regierungskonsultationen



Am 23. Mai 2013 traf Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren niederländischen Amtskollegen Mark Rutte. Die Kanzlerin betonte die engen Beziehungen zwischen beiden Ländern, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, da die Niederlande nach Frankreich der zweitgrößte Handelspartner Deutschlands sind. Beide Länder präsentierten gemeinsame Projekte für die Zukunft der Europäischen Union. Die Bundeskanzlerin nannte insbesondere die gemeinsame Überwachung von Banken, wie auch den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, soziale Reformen und eine Überwachung der öffentlichen Haushalte und Investitionen. Mark Rutte kündigte an, dass die Niederlande ihr Haushaltsdefizit 2014 auf 3% des BIP senken werden und dass keine neue Fristverlängerung notwendig sei... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Erster offizieller Besuch des tschechischen Präsidenten in Polen



Der tschechische Präsident Milos Zeman hielt sich am 23. und 24. Mai 2013 zu einem ersten offiziellen Staatsbesuch in Polen auf. Dort traf er seinen Amtskollegen Bronislaw Komorowski, wie auch den polnischen Premierminister Donald Tusk. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die bilaterale Zusammenarbeit und hier insbesondere die Bereiche Energie und Transport, wie auch die Zusammenarbeit innerhalb der Visegrad-Gruppe, die Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei umfasst und die Zusammenarbeit innerhalb der EU... [Fortsetzung](#)

Portugal :

Neues Abkommen zwischen Deutschland und Portugal



Am 22. Mai 2013 traf sich Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in Berlin mit seinem portugiesischen Amtskollegen Vitor Gaspar. Wolfgang Schäuble kündigte an, die kleinen und mittleren Unternehmen Portugals mit Hilfe der KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) unterstützen zu wollen. Die KfW könne auch beim Aufbau eines portugiesischen Entwicklungsbank helfen, die Investitionen in Portugal fördern könne, wie auch nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Beide Minister betonten die Dringlichkeit, möglichst schnell die Bankenunion voran zu bringen, wie auch eine vertiefte Wirtschafts- und Währungsunion, um die Aufspaltung der Finanzmärkte zu vermeiden... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

David Cameron trifft François Hollande in Paris



Am 23. Mai 2013 traf der französische Präsident François Hollande in Paris den britischen Premierminister David Cameron, um bei einem Arbeitssessen unter anderem über den Syrienkonflikt zu sprechen. Beide bekräftigten, dass sie "als Europäer und mit allen Europäern" handeln wollten. Großbritannien und Frankreich gaben bekannt, dass sie der EITI-Initiative beitreten werden, einer globalen Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft. Zweck dieser Initiative ist es, good governance zu stärken, indem Zahlungsströme, die aus rohstofffördernden Unternehmen als Abgaben an den Staat gehen, transparent gemacht werden. Die Initiative ist ein Schwerpunktthema auf dem kommenden G 8 Gipfel, der am 17. und 18. Juni 2013 stattfinden wird... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bericht des IWF zur Wirtschaft Großbritanniens



Am 22. Mai 2013 veröffentlichte der IWF seinen Jahresbericht zur Wirtschaft Großbritanniens. Der IWF appelliert an Großbritannien, neue Maßnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in die Wege zu leiten, insbesondere durch die Ausnutzung der niedrigen Kreditzinsen für Investitionen. Der IWF begrüßt die notwendige Flexibilität der britischen Regierung in Bezug auf den Abbau des Defizits. Die britische Wirtschaft zeige bereits ermutigende Signale in Richtung Aufschwung. Der IWF stellt jedoch fest, dass ein starkes und nachhaltiges Wachstum noch in weiter Ferne liege, dass es zu wenig Investitionen gäbe und die Jugendarbeitslosigkeit nach wie vor zu hoch sei.

London müsse eine klare Strategie präsentieren in Bezug auf die notwendige Privatisierung der Bank of Lloyds und der Royal Bank of Scotland, die beide verstaatlicht wurden... [Fortsetzung](#)

Britische Abgeordnete stimmen für Heirat für Homosexuelle



Am 21. Mai 2013 stimmte die Mehrheit der britischen Abgeordneten nach 3. Lesung für den Gesetzesvorschlag, der Homosexuellen die Heirat ermöglicht. 366 Abgeordnete stimmten für den Text, 161 Abgeordnete stimmten dagegen. Ein Änderungsvorschlag aus den Reihen der Konservativen, der Einschränkungen vorsah, war zuvor zurück gewiesen worden. Der Vorschlag hatte für Spannungen im Lager der konservativen Partei unter Führung des britischen Premierministers David Cameron gesorgt. Ab dem 22. Mai 2013 wird der Text dem House of Lords vorliegen, wo er voraussichtlich Anfang Juni debattiert werden wird... [Fortsetzung](#)

Island :

Neue Regierung in Island



Am 23. Mai 2013 nahm die neue isländische Regierung ihre Amtsgeschäfte auf. Die neue Regierung besteht aus Mitgliedern der Zukunftspartei (Zentrum) und der konservativen Unabhängigkeitspartei. Sigmundur Gunnlaugsson, Vorsitzender der Zukunftspartei, ist neuer Premierminister, während Bjarni Benediktsson, Vorsitzender der Unabhängigkeitspartei, das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers übernommen hat. Die Regierung besteht aus 9 Ministern, darunter 3 Frauen. Am 22. Mai 2013 stellte die Regierung ihre Einigung zur Abhaltung eines Referendums zum EU-Beitritt Islands vor. Bis zur Abhaltung des Referendums sind die Beitrittsverhandlungen mit Brüssel ausgesetzt... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Starke regionale Unterschiede bei Arbeitslosenzahlen



Am 22. Mai 2013 gab Eurostat bekannt, dass es zwischen den einzelnen europäischen Regionen nach wie vor starke Unterschiede bei den Arbeitslosenzahlen gibt. Tirol und Salzburg haben mit 2,5% die niedrigste Arbeitslosenquote, während die spanische Region Ceuta eine Arbeitslosenquote von 38,5% aufweist. In 52 der 270 Regionen liegt die Arbeitslosigkeit unter 5,2%, darunter befinden sich 22 Regionen in Deutschland. In 25 Regionen liegt die Arbeitslosigkeit über 20,8%, darunter befinden sich 11 spanische Regionen, 10 griechische Regionen und 4 französische Überseegebiete... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen



Nach einer Veröffentlichung von Eurobarometer vom 24. Mai 2013 gingen innerhalb der letzten 3 Jahre 73% der 15 bis 30 jährigen wählen. 47% kannten die Wahlmodalitäten der Abgeordneten des Europäischen Parlaments. 64% der Befragten gaben an, dass sie an den kommenden Europawahlen 2014 teilnehmen wollen. Als Hauptgrund nannten 94% die Bedeutung der Demokratie, 90% nannten die Bedeutung Europas und der Europawahlen und 83% gaben an, dass die Teilnahme an Wahlen die beste Möglichkeit der Entscheidungsbeeinflussung sei. Hauptgrund gegen eine Wahlbeteiligung war für 64%, dass ihre Stimmabgabe nichts ändern wird und 61% gaben an, dass sie nicht ausreichend informiert seien. 18% der Befragten gaben an, der Europäischen Union negativ gegenüber zu stehen... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Jahresbericht von OLAF

Am 23. Mai 2013 präsentierte die europäische Anti-Betrugsbehörde OLAF ihren 13. Jahresbericht. Die Dauer der Untersuchungen konnte um 22% reduziert werden, sie beträgt nun durchschnittlich 22 Monate. Der Umfang der zu prüfenden Informationen und Eingaben hat im



gleichen Zeitraum um 21% zugenommen. OLAF hat Rückzahlungen in Höhe von 284 Millionen Euro gefordert, hiervon sind 94,5 Millionen Euro bereits zurückgezahlt worden. Die interne Reorganisation und die Einführung neuer Verwaltungsverfahren sind der Grund für die Verbesserung der Arbeit von OLAF... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Amnesty International veröffentlicht Jahresbericht



Amnesty International hat am 23. Mai 2013 seinen Jahresbericht über die Lage der Menschenrechte in 159 Ländern veröffentlicht. Der Bericht analysiert schwerpunktmäßig die Lage der Flüchtlinge und Migranten, die sich laut Bericht neuen Gefahren ausgesetzt sehen mangels international abgestimmtem Vorgehen zum Schutz der Menschenrechte. Amnesty International wirft den Staaten vor, stärker am Schutz ihrer Grenzen interessiert zu sein als am Schutz der Bürgerrechte oder am Schutz jener, die in ihrem Land eine bessere Zukunft suchen. Amnesty International analysiert im Bericht auch die Lage in Syrien 2012 und das Scheitern der internationalen Gemeinschaft bei den Bemühungen um ein Ende des Konflikts. Wie in jedem Jahr analysiert der Bericht die Lage der Menschenrechte in jedem einzelnen Land... [Fortsetzung](#)

Kultur :

55. Biennale in Venedig



Vom 1. Juni bis zum 24. November 2013 wird die 55. internationale Biennale für zeitgenössische Kunst in Venedig stattfinden. Die Biennale in Venedig ist eine der weltweit bekanntesten Veranstaltungen für zeitgenössische Kunst. Die Kunstwerke und Installationen werden traditionell in zahlreichen Pavillons präsentiert, wobei es verschiedene Länderpavillons gibt. Als symbolische Geste werden Deutschland und Frankreich in diesem Jahr erstmals ihre Pavillons tauschen und im Pavillon des jeweiligen Partnerlandes ausstellen... [Fortsetzung](#)

Louvre-Lens präsentiert "Das Europa von Rubens"



Bis zum 23. September 2013 präsentiert das neue Museum Louvre-Lens seine erste Ausstellung mit dem Titel "L'Europe de Rubens" ("Das Europa von Rubens"). Die Ausstellung umfasst Gemälde, Zeichnungen, Skulpturen und Kunstobjekte, anhand derer der Besucher die Dynamik des Werkes Rubens' erfassen kann. Aus den Ausstellungsobjekten ist die große künstlerische Inspiration des Malers ersichtlich. Zugleich kann der Besucher eine persönlichere Seite Rubens' kennenlernen. Die Ausstellung ist in 6 Bereiche unterteilt, darunter "Europe der Höfe" und "Religiöse Gefühle und Glauben des Barock"... [Fortsetzung](#)

Von der Eremitage nach Norfolk: "Houghton revisited"



Bis zum 29. September 2013 haben Besucher der "Houghton Hall" in Norfolk dank der grandiosen Ausstellung "Houghton revisited" Gelegenheit, die erstmals nach 200 Jahren nach Großbritannien heimgekehrten Meisterwerke (wieder) zu entdecken, die sonst in der Eremitage in Sankt Petersburg ausgestellt sind. Die Nachfahren des ersten britischen Premierministers Sir Robert Walpole waren aus finanziellen Gründen gezwungen, seine Kunstsammlung an Katharina die Große zu verkaufen. Die Sammlung umfasst Meisterwerke des 18. Jahrhunderts, darunter Werke von Van Dyck, Poussin, Albani, Rubens, Rembrandt, Velazquez und Murillo... [Fortsetzung](#)

Starke Frauen weltweit

Bis zum 21. Juli 2013 präsentiert das Frauenmuseum in Bonn eine Ausstellung mit dem Titel "stronger than...", für die der Kölner Künstler WKFM (Wolfgang Klaus Maria Friedrich) weltweit starke Frauen



porträtiert hat. In einem eigenen Stil ("Polit-Pop Art") präsentiert der Künstler Bilder bekannter Frauen wie Rosa Louise Parks oder Margaret Thatcher, aber auch unbekannte Persönlichkeiten wie die Präsidentin der Afrikanischen Union, Nkosana Dlimini-Zuma... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "System der Dinge" in Athen



Sammeln, was, warum, wie: Die Ausstellung "System der Dinge", die bis zum 30. November 2013 in Athen zu sehen ist, geht diesen Fragen in einem Spiel nach, in dessen Rahmen 600 Werke des großen Sammlers zeitgenössischer Kunst - Dakis Joannou - entdeckt werden können. Die Sammlung umfasst Pop Art und Design Kunstwerke aus den 60er und 70er Jahren, wie auch Modekreationen... [Fortsetzung](#)

Post-Klassik - Anlehnungen an die Antike in der zeitgenössischen italienischen Kunst



Im Forum Romanum zeigen 17 Künstler bis zum 29. September 2013 im Rahmen der Ausstellung "Post-classici" ihre Werke, die den Bezug zwischen Kunst der Antike und zeitgenössischer Kunst aufzeigen. Die überwiegende Zahl der Kunstwerke wurde extra für diese Ausstellung im Herzen Roms angefertigt... [Fortsetzung](#)

Eröffnung der europäischen Musikakademie Penderecki



Am 21. Mai 2013 wurde in Luslawice (Polen) die europäische Musikakademie Penderecki eröffnet, die den Namen des berühmten Komponisten und Leiter des polnischen Staatsorchesters Krzysztof Penderecki trägt. Die Akademie ist von der EU kofinanziert. Sie soll Musiktalente fördern und eines der Aushängeschilder im musischen Bereich in der EU werden. Die Akademie verfügt auch über einen eigenen Konzertsaal mit 650 Plätzen... [Fortsetzung](#)

Zum 10. Mal "Tage der Geschichte Europas"



Vom 31. Mai bis zum 1. Juni 2013 finden in der Sorbonne in Paris zum 10. Mal die "Tage der Geschichte Europas" statt, die die Geschichte unseres Kontinents vom Jahr 1000 bis heute in über 30 Konferenzen veranschaulichen werden, um das heutige Europa besser kennen zu lernen und zu verstehen. Das Programm verbindet Geschichte und Geographie der großen Kulturströme, die die europäische Zivilisation geprägt haben. Die Konferenzen werden sich den Themen Linguistik und Religion widmen, wie auch intellektuelle, literarische und musikalische Strömungen, Kunst und Kunsthandwerk verschiedener Epochen und deren Verbreitung innerhalb Europas. Im gleichen Zeitraum findet ebenfalls zum 10. Mal die Büchermesse des europäischen Geschichtsbuchs statt. Zum 4. Mal wird der Preis für das beste Buch zur europäischen Geschichte verliehen werden, unter Schirmherrschaft des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz... [Fortsetzung](#)

Agenda :



27. und 28. Mai
Brüssel
Ratstreffen "Auswärtige Angelegenheiten"



29. Mai
Die EU-Kommission präsentiert ihre Vorschläge für die einzelnen Mitgliedsländer



29. und 30. Mai
Brüssel
Ratstreffen "Wettbewerbsfähigkeit"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Pierre Thibaudat ;
Alexandre Brex, Fanny Cohen, Clara Coornaert,
Victor Delage, Bettina Mecklenburg

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}